



## **Amtsgericht Gelsenkirchen**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 14.05.2025, 13:00 Uhr,  
2. Etage, Sitzungssaal 202, Bochumer Straße 79, 45886 Gelsenkirchen**

folgender Grundbesitz:

**Teileigentumsgrundbuch von Buer, Blatt 28999,  
BV lfd. Nr. 1**

339/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Buer, Flur 95, Flurstück 44, 45, Gebäude- und Freifläche, Buerer Str. 85, Hügelstr. 2, Buerer Str. 87, 87 A, Größe: 1.480 m<sup>2</sup>

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 13 gekennzeichneten Ladenlokal und Nebenräume im Erdgeschoss links des Hauses Buerer Str. 85 nebst 3 Kellerräumen im Kellergeschoss.

Es sind Sondernutzungsrechte begründet.

Es sind Sondernutzungsrechte an den Stellplätzen S 1 bis S 20 bedingt begründet. Die Zuordnung dieser Sondernutzungsrechte obliegt dem teilenden Eigentümer. Hier ist das gemeinschaftliche Sondernutzungsrecht an den gemeinschaftlichen Gebäudebestandteilen sowie Außenwänden und Dach im Hause Buerer Str. 85 zugeordnet.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich bei dem Teileigentumsrecht (Nr. 13 des Aufteilungsplans) um ein Ladenlokal und Nebenräume im Erdgeschoss links eines Wohn- und Geschäftshauses nebst 3 Kellerräumen, Nutzfläche ca. 77 m<sup>2</sup>, zum

Wertermittlungsstichtag (18.03.2024) ungenutzt und im jetzigen Zustand nicht nutzbar.

Das Eckgrundstück ist mit einem Gebäudeensemble, welches aus drei unterschiedlichen Gebäuden besteht, bebaut und nach dem WEG in Wohnungs- und Teileigentum aufgeteilt.

Das Teileigentumsrecht Nr. 13 liegt in dem Gebäudeteil Buerer Str. 85, Baujahr/Fertigstellung 1893.

Der Gebäudeteil, in welchem sich das Teileigentum befindet, ist laut Sachverständigen stark konstruktiv beschädigt und nur unter Berücksichtigung erheblicher Instandsetzungskosten wieder nutzbar.

Nachträglich wurde eine Öffnung zu dem angrenzenden Ladenlokal (Teileigentumsrecht Nr. 4 des Aufteilungsplans) in dem Haus Hügelstr. 2 erstellt, die wieder geschlossen werden müsste.

Eine WEG-Verwaltung ist nach letzten Erkenntnissen vorhanden.

Die Wohnungseigentümergeinschaft ist nach letztem Kenntnisstand (23.02.2023) zahlungsunfähig. Es wurden bereits Sonderumlagen beschlossen.

Die Einsichtnahme des Gutachtens nebst allen Anlagen wird dringend angeraten!

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 28.09.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

1,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und

der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.